

GEMEINDEPARTNERSCHAFT

Einführung:

Der kulturelle und wirtschaftliche Austausch mit Partnergemeinden bringt viele Vorteile mit sich: Von der Völkerverständigung im Rahmen der sogenannten kommunalen Außenpolitik, die gerade in der EU eine große Rolle spielt, über Schüleraustauschprogramme, bis hin zur Expertise in spezifischen kommunalen Problemstellungen, die vor Ländergrenzen nicht halt machen, gibt es für alle Partnerkommunen viel zu gewinnen. Ob eine ähnliche Geschichte, ein ähnlicher Name oder verbindende Persönlichkeiten; Gründe für eine Partnerschaft kann es viele geben. Wichtig ist: Sie werden auch heute noch geschlossen und helfen auf dem Weg zur weltoffenen, toleranten Kommune!

Musterformulierung:

Die Freien Demokraten setzen sich für die Etablierung einer neuen Gemeindepartnerschaft ein, um internationale Verständigung und Weltoffenheit in unserer Kommune zu fördern.

Argumente:

- Kommunale Außenpolitik kann gerade in Krisenländern, in den Freiheit bedroht ist oder gerade erkämpft wird, eine entscheidende Rolle spielen. Historische Beispiele, wie die Einbindung deutscher Städte nach 1945 belegen dies.
- Gerade junge Menschen profitieren von der Vereinfachten Möglichkeit, etwa an einem Schüleraustausch oder einer Sprachreise in die Partnerkommune teilzunehmen und erweitern so ihren Horizont.
- Der gegenseitige Austausch von Expertise kann Synergieeffekte bei der Lösung kommunaler Probleme wie bspw. der Abfallentsorgung oder der effizienten Bereitstellung eines Kulturangebots führen. So wird die Gemeindepartnerschaft zum Best-Practice-Vorbild.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Das ist doch nur fürs Prestige und hat keinen echten Nutzen.“
-> **Gegenargument:** Selbst, wenn kein „echter“ Nutzen entstehen sollte – angesichts der aufgezählten Vorteile unwahrscheinlich – so sind doch auch das Prestige und der ideelle Wert einer Gemeindepartnerschaft nicht gering zu schätzen. Zumal die spezifischen Kosten (hauptsächlich Ressourcenbelastung in der Verwaltung) einer Partnerschaft niedrig ausfallen dürften. Also: Bevor der nächste Brunnen in den Gemeindepark gebaut wird, lieber mal ins Ausland telefonieren.

OPEN DATA PROJEKTE

Einführung:

Die Digitalisierung erfasst alle Lebensbereiche. Dabei stehen sogenannte Smart City-Projekte (die sich allerdings auch in ländlichen Gemeinden umsetzen lassen) im kommunalen Fokus. In den meisten Fällen speisen sich diese Projekte, bspw. intelligente Verkehrsleitsysteme oder Straßenbeleuchtung, aus privater Innovationskraft. Um Start-Ups und wissenschaftlichen Projekten ihre Arbeit zu ermöglichen und zu erleichtern, sollten Kommunen daher ihre Daten, in anonymisierter Form, für diese bereitstellen. Diese Daten sind der Werkstoff, aus dem kommunale Exzellenz in Zukunft gefertigt sein wird.

Musterformulierung:

Um Smart City-Ansätze in unserer Kommune Wirklichkeit werden zu lassen, fordern die Freien Demokraten die umfangreiche Bereitstellung kommunal gesammelter Daten im Rahmen eines Open Data-Projekts. Dabei sind höchste Datenschutzstandards einzuhalten und Datensicherheit zu gewährleisten.

Argumente:

- Die Bereitstellung der Daten ist wohl die effizienteste Art der Wirtschaftsförderung. Sie stärkt insbesondere kleinere Unternehmen, die sich eigene Datenerhebung nicht leisten können.
- Auch die Wissenschaft wird so gefördert; gerade auch das Erstellen von Arbeiten und Forschungsprojekten würde durch diesen Datenzugriff wesentlich einfacher gemacht.
- Smart City-Konzepte entsprechen genau der Politik der FDP und der JuLis, die auf private Innovationskraft, Forschung & Entwicklung sowie moderne Denkansätze baut.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Die Daten der Bürgerinnen und Bürger können nicht einfach für alle zur Verfügung gestellt werden. Das ist unverantwortlich!“
-> **Gegenargument:** Natürlich haben Datenschutz und -sicherheit auch für uns oberste Priorität. Die funktionierenden Open Data-Projekte in anderen Kommunen (z.B.: City Data Exchange in Kopenhagen), dass diese sich wunderbar mit Datenschutz vereinbaren lassen. Dieser wird ja bereits in der Musterformulierung berücksichtigt.

LIVESTREAM VON RATSSITZUNGEN

Einführung:

Das Vertrauen in Demokratie lebt immer auch von Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen. Besonders die kommunalpolitische Ebene agiert dabei oftmals unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung. Selbst Interessierten fällt es schwer, sich in die komplexen Sachverhalte einzuarbeiten. Um die Bedeutung der Kommunalpolitik zu unterstreichen und ihre Sichtbarkeit und Transparenz zu erhöhen, sollten die Sitzungen daher Live und On-Demand als Video nachzuverfolgen sein.

Musterformulierung:

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass alle dafür ein, dass alle Ratssitzungen zukünftig im Livestream mitverfolgt werden können. Optional: Diese sollen auch danach noch auf Nachfrage auf einem einzurichtenden Portal der Kommune nachzuverfolgen sein.

Argumente:

- Die Aufnahme von Ratssitzungen kann dazu führen, dass die Gesellschaft stärker bisher an diesen teilnehmen kann. Das Interesse für Kommunalpolitik kann so ebenfalls gefördert werden.
- Für die Politik ergibt sich daraus ein neues Verantwortungsbewusstsein. Der Rat hört auf, eine elitäre Veranstaltung zu sein, insb. dann, wenn die Sitzungen auch im Nachhinein verfügbar sind.
- Radikale Politikstile, wie der der AfD, können so wesentlich besser demaskiert werden, die Debatte findet zu mehr Sachlichkeit.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Das fordert sonst nur die AfD, ihr macht das Vertrauen in unsere Politiker kaputt.“
-> **Gegenargument:** Erstens gilt; nur weil die AfD etwas fordert, ist es nicht automatisch schlecht. Zweitens, und das ist der wichtige Punkt, ist das Gegenteil richtig: Transparenz stärkt das Vertrauen in die Politik.
- **Argument:** „Das geht doch gar nicht mit der DSGVO konform.“
-> **Gegenargument:** Die erfolgreiche Umsetzung des Livestreamings der Ratssitzungen in mehreren Kommunen NRWs zeigt, dass es zwar besondere Auflagen zu berücksichtigen gilt, die Frage nach einem Livestream aber letztlich keine rechtliche, sondern eine politische ist. Solche Argumente werden meist nur vorgeschoben.

PPP-SCHULOFFENSIVE GEGEN MARODE SCHULEN

Einführung:

Die Schulinfrastruktur in vielen Kommunen ist in einem unwürdigen Zustand den Schülern gegenüber. Uns Jungen Liberalen liegt es in besonderem Maße am Herzen, dass stetig in beste Infrastruktur investiert wird, sodass keine notdürftigen Ad-Hoc-Maßnahmen notwendig sind, um Gebäude wieder bezugsfähig zu gestalten. Schon seit Jahren sprechen wir uns in diesem Zuge für mehr Public-Private-Partnership-Projekte aus (PPP). Hier plant, baut und betreibt eine Firma/ein Konsortium das gesamte Projekt. Studien belegen vor allem die langfristigen Vorteile, durch weniger Abstimmung zwischen den Firmen, bessere finanzielle Planbarkeit für Kommunen und stetige Instandhaltung.

Musterformulierung:

Die Schulinfrastruktur in unserer Kommune ist einem schlechten Zustand. Daher fordern wir ein Investitionspaket, welches nachhaltig und stetig in Instandsetzungen investiert. Bei größeren, langfristigen Renovierungs- und Sanierungsprojekten schlagen wir eine vermehrte Berücksichtigung von Public-Private-Partnership Verfahren vor. (hier gerne noch einzelne Schulnamen ergänzen)

Argumente:

- Durch die lange Vertragslaufzeit besitzt die Kommune maximale Planungssicherheit
- Planung, Bau und jahrelanger Betrieb aus einer Hand sorgen für Effizienzgewinne
- Unternehmen haftet für eigene Fehler: Intrinsische Motivation zur Qualitätssicherung
- Studien belegen die höheren Mehrkosten bei unregelmäßiger Instandsetzung

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Der Staat kann Bauprojekte besser umsetzen.“
- > **Gegenargument:** Zahlreiche staatliche Bauprojekte, die nicht als PPP-Modelle umgesetzt worden sind, haben sich zu enormen Flops entwickelt. (Flughafen Berlin, Elbphilharmonie, Stuttgart 21) Durch PPP-Projekte wird das Unternehmen verpflichtet, über eine durchschnittliche Laufzeit von 30 Jahren gute Infrastruktur zu bieten. So besteht eine noch größere Motivation für Unternehmen, gute Infrastruktur bereitzustellen. Zudem handelt es sich um keine Privatisierung, da die Schule nach Vertragsende wieder an die Stadt als Eigentümer übergeht.

DIGITALE HAUSMEISTER

Einführung:

Wir Jungen Liberalen wünschen uns digitalere Schulen, auch in Deiner Kommune! Diese digitale Infrastruktur muss jedoch auch regelmäßig gewartet und ggf. repariert werden. Aktuell ist meist ein Lehrer neben der regulären Berufsbelastung für die Wartung und Betreuung dieser Geräte verantwortlich. Wir möchten die Kapazitäten von Lehrkräften für beste Bildung nutzen und nicht für Wartungsarbeiten! Daher wünschen wir uns „Digitale Hausmeister“, die für mehrere Schulen in lokalem Umfeld verantwortlich sind und sich um die Wartungsarbeiten kümmern.

Musterformulierung:

Wir möchten unsere Schulen mit besserer digitaler Ausstattung versehen. Dazu fordern wir zur regelmäßigen Wartung und Betreuung die Installierung von sogenannten „Digitalen Hausmeistern“, welche innerhalb eines lokalen Umfeldes die digitale Ausstattung von mehreren Schulen betreuen.

Argumente:

- Lehrkräfte werden aktuell eher weiter belastet und haben weniger Fachkenntnisse als Experten.
- Finanziell akzeptable Lösung, da ein Hausmeister i.d.R. mehrere Schulen betreuen soll.
- Klares Statement für digitale Bildung.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Schulen benötigen dringend mehr Lehrer und „richtige“ Hausmeister, anstatt „Digitale Hausmeister“.“
- > **Gegenargument:** Im Bereich Bildung darf die Fragen nicht „Entweder – oder“ heißen. Wir benötigen mehr Lehrkräfte, gerade an Haupt-, Real,- und Grundschulen, müssen aber vor allem auf der kommunalen Ebene für digitalere Bildungselemente kämpfen, um bessere Lernerfolge zu erzielen und Bildung attraktiver werden zu lassen.

BEGRÜNUNG VON HALTESTELLEN

Einführung:

Bus- und Bahnhaltestelle sind oftmals ein trostloser Ort. Wir möchten die Attraktivität dieser Orte stärken und gleichermaßen ökologische Maßnahmen fördern, dadurch begrünte Haltestellen viel Co2 gebunden und die Stadt in Teilen renaturiert werden kann. Dazu soll die Finanzierung im Idealfall nicht durch den Steuerzahler, sondern private Sponsoringinitiativen passieren.

Musterformulierung:

Wir fordern die Einrichtung von Sponsoring-Partnerschaften für die Begründung von Bus- und Bahnhaltestellen. Der Sponsor erhält gegen eine verknüpfte Werbebegelegenheit auch die Verantwortung der Pflege der Begrünung.

Argumente:

- Begrünte Haltestellen erhöhen die Attraktivität der Kommune und sorgen womöglich für eine stärkere Nutzung des ÖPNV.
- Eine flächendeckende Begrünung, gerade mit Moos o.ä., sorgt für eine starke Filterung von Emissionen.
- Mehrkosten entstehen durch Sponsoring-Konzept nur in sehr überschaubarem Ausmaß.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Mit privaten Sponsorings allein kann diese Maßnahme nie umgesetzt werden; außerdem ist der Nutzen zu gering.“
-> **Gegenargument:** Gerade im Zuge der aktuellen Umweltdebatte ist die Chance, dass sich bei humanen Preisen Sponsoren finden lassen, die diese „gute Tat“ in ihre Unternehmenskommunikation einfließen lassen, sehr groß. Zudem bringen schon kleine Moosflächen im städtischen Verkehr enorm viel: Mooswände sollen z.B. an befahrenen Verkehrsachsen in einem Umfang, der umgerechnet 240 Tonnen Kohlendioxid (CO₂) pro Jahr entspricht, aus der Luft filtern.

INTELLIGENTE VERKEHRSLEITSYSTEME

Einführung:

Stau ist ein riesiges ökologisches und ökonomisches Problem. Zahlreiche Städte und Kommunen leiden unter immensen Staubildungen innerhalb der „Rush-Hour“. Zur Reduzierung von Staubildungen ist ein großes Bündel an Maßnahmen notwendig. Eine entscheidende Säule ist für uns eine Modernisierung von Verkehrsleitsystemen. Mithilfe von Künstlicher Intelligenz und/oder „kommunizierenden

Ampelsystemen“ möchten wir Standphasen reduzieren und Ampelschaltungen dem tatsächlichen Verkehr anpassen.

Musterformulierung:

Wir fordern die Einführung eines Modellprojekts für intelligente Verkehrsleitsysteme (hier besonders staureiche Straßen in Eurer Kommune auflisten). Genauer soll das System der KI-Ampeln und/oder „kommunizierende Ampeln“ getestet werden.

Argumente:

- In den Niederlanden wurden solche Testmodelle bereits sehr erfolgreich umgesetzt.
- Es wird mittelfristig Arbeitskraft eingespart, da weniger Zeit in konkrete Programmierung von Ampelphasen fließt.
- Ampeln passen sich vielmehr den tatsächlichen Verkehrsbedingungen an und sorgen so für eine spürbare Verringerung von Stauzeiten: Das schont auch die Umwelt.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „KI-Systeme sind viel zu teuer und unerprobt.“
-> **Gegenargument:** Da tatsächlich gewisse Sofortkosten entstehen würden, sollte zunächst nur an besonders staureichen Straßen getestet werden. Die Kosten einer Umrüstung sind jedoch in Relation zum entstehenden volkswirtschaftlichen Nutzen (der entstehenden Reduzierung der Umweltbelastung und dem enormen Zeitgewinn für die Bürgerinnen und Bürger) zu sehen. Hier gilt auch: Zeit ist Geld! Genügend Beispiele von erfolgreichen Testmodellen gibt es übrigens, sodass ein Nutzen als äußerst wahrscheinlich gilt.